

Inhalt

Nr. 5
Mai 2005

Seite 3
Editorial, Quer

Seiten 4-7
Steht der Rechtsstaat zur
Disposition?
Interview mit Susan Boos, WOZ

Seiten 8/9
Ein Ja zu Schengen/Dublin
Veranstaltung mit Markus Notter

Seite 10
Grundwertedebatte der SP Zürich

Seite 11
Lauf gegen Rassismus

Seite 12
Abstimmungsparolen, Agenda

Schengen/
Dublin

Kontra



wir
sind die
schweiz.

gesamtschweizerische
GROSSDEMO

Samstag, 18. Juni 2005
(am Flüchtlingstag)

Waisenhausplatz Bern
14.00 Uhr

wir alle, die in der schweiz leben, sind die schweiz:

Unabhängig von unserer Herkunft, unserem Pass und von unserem Aufenthaltsstatus. Wir alle, die in der Schweiz leben, sind die Schweiz, eine Schweiz, die ihre Identität im Streben nach Demokratie, im Ideal der Menschenrechte und in der Vielfalt ihrer Kulturen sieht.

schluss mit der fremdenfeindlichkeit.

Seit Jahren sind wir fremdenfeindlichen Parolen, fremdenfeindlichen Parteien, fremdenfeindlichen Gesetzen und fremdenfeindlichen Behörden ausgesetzt. Wir wollen uns nicht an sie gewöhnen. Denn sie spielen die sozial Schwächsten gegeneinander aus und brutalisieren unsere Gesellschaft.

schluss mit der blocherpolitik.

Stellen wir Blochers Gesellschaftsprojekt bloss: Rassistische Stimmungsmache war immer auch die Hintertür für rücksichtslosen Sozialabbau und einen autoritären Überwachungsstaat. Wer aus fremdenfeindlicher Politik Kapital schlägt, gehört nicht in den Bundesrat.

wir sind die schweiz.

Die Schweizer Verfassung will in ihrer Präambel eine Gesellschaft, in der sich „die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst und in der nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht“.

Wir wollen unsere Freiheit gebrauchen und uns für die Grundrechte wehren: gegenüber allen, die sie verletzen, privat oder behördlich.

www.ohneuns.ch

**kein
mensch
ist
illegal**

Editorial

Wann endlich eine Menschenrechts-Debatte in der SP?

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich bin nicht prinzipiell gegen die Schengen/Dublin-Verträge. Und noch viel weniger ist es eine Mehrheit der Mitgliedschaft in der SP7. Aber ich bin mit Nachdruck dafür, Grundsatzfragen über Menschenrechte in der sozialdemokratischen Politik zu stellen. Dass dies nun im Angesicht eines Referendums der Schweizerischen Volkspartei SVP geschehen soll, ist zwar eher zufällig, jedoch wiederum symptomatisch für eine längst überfällige Grundwertediskussion in der SP.

Sind Linke reaktionäre Nationalisten, wenn sie gegen die Schengen/Dublin-Verträge sind?, fragte ich Susan Boos, Redaktionsleiterin der WOZ, anlässlich unseres Interviews. - Natürlich nicht! - Die Frage zeigt aber das fehlende Gespür auf, mit dem Partei-Strategen das Referendum der SVP über die Zusatzabkommen zu den Bilateralen Verträgen 2 angegangen haben.

Wir müssen nicht um jeden Preis die Schengen/Dublin-Verträge unter Dach bringen, verriet mir kürzlich ein Genosse aus dem Kantonsrat. Viel wichtiger ist im Herbst die Annahme der erweiterten Personenfreizügigkeit. Geht diese bachab, dann verabschiedet sich die Schweiz für lange Zeit von Europa.

*Es grüsst Euch
Martin J. Nobs, Redaktor Info7*

quer

Dass die SVP einen Bezug zwischen dem Zweiten Weltkrieg und Schengen herstellt, hält Bundespräsident Schmid für nicht angebracht. Doch auch er sieht Parallelen zwischen damals und heute.

quer

Wie bloss kann ein einzelner Bundesrat die ganze Regierung auf seine - die richtige! - Linie bringen? Pascal Couchepin versuchte es mit allen Mitteln: Er provoziert mit Ideen wie Rentenalter 67, er rüffelt Kollega Blocher und bezeichnet ihn als „Gefahr für die Demokratie“. Alles umsonst.

quer

Reto Nause, Generalsekretär der CVP, sorgt für bildungspolitische Erleuchtung. Bisher konnte kein Experte begründen, weshalb in der Pisa-Studie manche Kantone besser abschneiden als andere. Nause weiss es. Die Mehrheit (drei) der fünf bestplatzierten Kantone würden von CVP Bildungsdirektoren geführt. Er folgert je mehr CVP, desto bessere Bildung.

(NZZ am Sonntag)

quer

Die Schengen/Dublin-Verträge, eine verpasste Menschenrechts-Debatte der Linken

Steht der Rechtsstaat zur Disposition?

Martin Johann Nobs



Interview mit Susan Boos,
Redaktionsleiterin WOZ

MJN: Sind Linke, die gegen die Schengen/Dublin-Verträge sind, in Wirklichkeit reaktionäre Nationalisten?

Bo: Überhaupt nicht. Es geht nicht darum, ob die Schweiz es besser macht als die EU. Es geht vielmehr um grundsätzliche Fragen: Die Abkommen von Schengen und Dublin tangieren die Grundrechte. Es wird ein riesiges Polizeilabor installiert, das nicht demokratisch kontrolliert werden kann. Darüber müssen wir uns unterhalten. Was hingegen nicht zur Debatte steht, ist die Frage, ob die Schweiz in die EU will, damit hat Schengen/Dublin nichts zu tun.

MJN: Was handelt sich die Linke mit einem Ja ein?

Bo: Mit einem Ja legitimiert jede und jeder mit seinem Stimmzettel das Konzept der "Festung Europa". Nicht dass die Schweiz heute ausserhalb der "Festung Europa" stünde – nur muss sich jetzt jeder und jede einzeln dazu bekennen. Die EU

wird immer als Öffnungsprojekt verstanden. Doch ist es vor allem eine Öffnung gegen innen – gegen aussen bemüht sich die EU um eine dichte Abschottung der Grenzen. Diese Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik war für mich immer der schwierigste Teil in der EU-Debatte – unabhängig davon, ob die Schweiz nun dabei ist oder nicht, denn sich macht ohnehin seit Jahren mit.

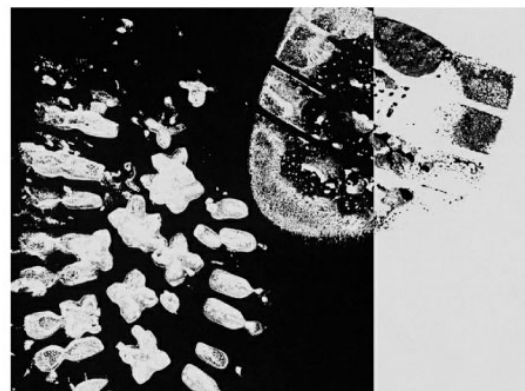
MJN: Hauptpunkt der Kritik sind die fehlenden demokratischen Kontrollen bei der Inbetriebnahme dieses, wie du sagst, "Polizeilabors". Das stellt sich ja für den EU Bürger nicht anders dar. Warum denn diese Kritik an einem Detail?

Bo: Ginge es wirklich um einen Vollbeitritt, könnte man die Vor- und Nachteile anders abwägen. Nun aber verlangt man von uns, isoliert zum repressiven Teil der EU – eben

Schengen und Dublin – Stellung zu beziehen.

MJN: Du wirfst den Verträgen vor, die Grundrechte der Bürger zu beschneiden. Was bedeutet das im Einzelnen? Zum Beispiel bei der Schleierfahndung?

Bo: Die Schleierfahndung stellt die Unschuldsvermutung auf den Kopf. Sie steht für verdachtsunabhängige Fahndung, was rechtsstaatlich sehr heikel ist. Bei der Schleierfahndung läuft es so: Die Polizisten stehen an den Strassen und überlegen: Wer sieht so aus, wie wenn er ein Delikt begangen haben könnte? Die, die so aussehen, picken sie raus. Das erinnert stark an die Physiognomik aus dem letzten Jahrhundert, als man versuchte, vom Aussehen des Menschen auf dessen Charakter zu schliessen. Unbescholtene Schweizer und Schweizerinnen sollen nicht spüren, dass die Polizei Schleierfahndung betreibt. Sie will man explizit nicht

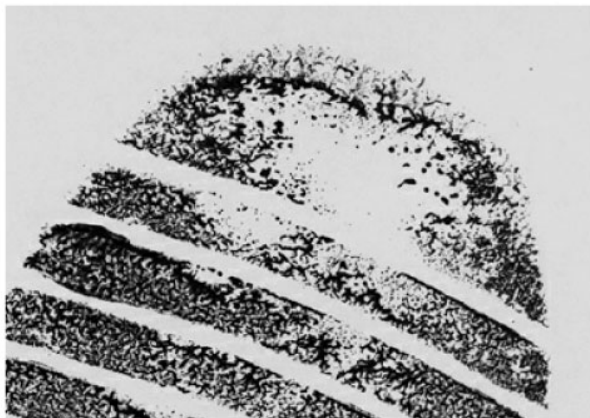


belästigen. Leute, die aussehen, wie nach Meinung der Polizei Bescholtene aussehen – also zum Beispiel Menschen mit südländischem Aussehen oder islamischer Kleidung – bekommen es um so heftiger zu spüren. Nun wird immer wieder argumentiert, man brauche sich doch nicht zu enervieren, die Grenzwächter würden heute schon Schleierfahndung betreiben. Stimmt (abgesehen davon, dass sie noch ausgedehnt werden soll). Aber das ist so, wie wenn man einem verbieten würde, gegen Atomkraftwerke zu sein, weil wir schon AKWs haben. Es geht also nicht darum, ob Grenzschutz und Polizei schon Schleierfahndung betreiben. Es geht darum, dass wir als Individuen gefragt werden, ob wir dafür sind, dass sie es tun dürfen.

MJN: Wenn die Unschuldsvermutung bei polizeilichen Ermittlungen mit Schengen/Dublin fallweise ausser Kraft gesetzt wird, bedeutet dies für Schweizer Bürger (und natürlich auch EU-Bürger) nicht, der willkürlichen Kontrolle per se ausgesetzt zu sein?

Bo: Junge Männer mit schnellen Autos geraten nach den bisher gewonnenen Erfahrungen mit grosser Wahrscheinlichkeit in die Kontrollvorgänge – und ausländisch Aussehende eben auch. Bisher war das folgendermassen: Ein Delikt wird bekannt und die Polizei sucht den Täter;

das ist ganz normale, verdachtsabhängige Polizeiarbeit. Bei der Schleierfahndung geht man von einem Täterprofil aus. Man kontrolliert also Personen, die ein Delikt begangen haben könnten, ohne einen konkreten Verdacht zu haben. Im Kontext mit der aktuellen Terrorismusdebatte (nine/eleven) sind die Hauptverdächtigen vor allem Personen mit einem islamischen Background. Die so in Verdacht Geratenen werden zum Beispiel nicht orientiert, wenn die Polizei verdeckt nach ihnen fahndet. Wer mit ihnen zusammen in eine Kontrolle gerät, wird ebenfalls registriert. Ob diese Personen ein Delikt begangen



haben oder nicht, interessiert in dieser Phase niemanden. Was mit diesen Daten geschieht, ist für Aussenstehende völlig unklar. Weil sich die Bedrohungslage heutzutage rasant ändert, gibt das Polizei und Justiz ein Instrument in die Hände, dessen Auswirkungen man heute noch nicht abschätzen kann.

MJN: Ein Vorteil ist der Wegfall der Visa Bestimmungen bei der Einreise in EU-Länder. Wie ist das einzuschätzen?

Bo: Für Ausländer aus Nicht-EU-Ländern, die in der Schweiz leben, ist dies sicher ein Vorteil. Allerdings wäre diese Erleichterung auch mit anderen Mitteln zu bewerkstelligen.

MJN: Wird die ganze Politik um die bilateralen Verträge von den Bürgern anders wahrgenommen als von der Classe politique?

Bo: Es gibt gesellschaftspolitische Tendenzen, die in Zukunft gravierende Auswirkungen haben können. In den Köpfen der Leute vollzieht sich schleichend ein Wandel: Man hält es irgendwann für normal, dass der Staat Grundrechte verletzt. Das lässt sich im Asylbereich illustrieren: Die Zwangsmassnahmen gegen AusländerInnen sind rechtsstaatlich höchst bedenklich; man darf Leute, die kein Delikt begangen haben, über Monate inhaftieren. Oder die neue Regelung, abgewiesene Asylsuchende aus der Fürsorge auszuschliessen, obwohl dies gegen die Verfassung verstösst. Als Rechtsexperten dies monierten, meinte Bundesrat Christoph Blocher, man müsse halt die Verfassung ändern. Es ist ein Skandal, wenn der Justizminister einfach mal die Verfassung ändern will, doch die politische Empörung hielt sich in Grenzen. Man hat sich offensichtlich bereits daran gewöhnt. Der schleichende Abbau geht übrigens weiter: Leute, also auch Schweizer und Schweizerinnen, erhalten keine Fürsorgegelder mehr, wenn sie als renitent gelten. Der Fokus der Renitenz rückt zunehmend

ins Zentrum der Massnahmen. Erst traf es die Flüchtlinge und jetzt die Sozialhilfebezüger. Man riskiert bewusst, dass Leute in prekären sozialen Verhältnissen auf der Strasse landen. Es war eine Errungenschaft des modernen Staates, dass niemand in menschenunwürdigen Verhältnissen leben muss – das wird nun leichtfertig über Bord geworfen.

MJN: Wieso werden am 5. Juni die Stimmbürger den Schengen/Dublin-Verträgen zustimmen?

Bo: Die breiten Bevölkerungsschichten haben sich inhaltlich nicht intensiv mit den Verträgen beschäftigt. Die Befürworter schüren zudem systematisch die Angst vor zunehmender Kriminalität. Sie behaupten, die Schweiz werde, wenn sie Schengen/Dublin nicht beitrete, in Europa zu einem Fahndungsloch, was die Kriminalitätsgefahr erhöhe, weil die Kriminellen dann in die Schweiz flüchteten. Eine absurde Behauptung. Wenn wir Schengen nicht beitreten, ändert sich faktisch an den Schweizer Grenzen nichts. Die Verträge verändern die Gefahr in normalen Alltagssituationen nicht.

MJN: Ein Argument der Linken und Gewerkschaften für ein Ja zu Schengen war, dass die menschenverachtenden Mindeststandards in der Migrations-, früher Flüchtlingspolitik auf Druck der EU angehoben werden dürften. Was hältst du davon?

Bo: Es ist eine Argumentation, die mich irritiert, die EU-Mindeststandards sind nämlich nicht Teil des Dubliner Abkommens. Ich weiss nicht, wie die Leute dazu kommen, dies zu behaupten. Denn alle Papiere sagen aus, dass der Bundesrat beziehungsweise seine Departemente sich nicht an die EU-Mindeststandards zu halten gedenken. Damit wird es möglich sein, die Asylpolitik weiter zu verschärfen. Diese Aussage verliert allerdings mit der Zustimmung so oder so ihren Wert, da durch den Beitritt der Schweiz zu diesen Verträgen unser Land keine EU-Aussengrenzen (ausser die Flughäfen) mehr haben wird und damit kaum mehr zuständig für Annahme oder Ablehnung von Asylgesuchen sein wird.

MJN: Du schreibst in der WOZ, dass nur die Abschaffung des Bankgeheimnisses eine wirkliche Erleichterung bringe. Ist das ein Thema?

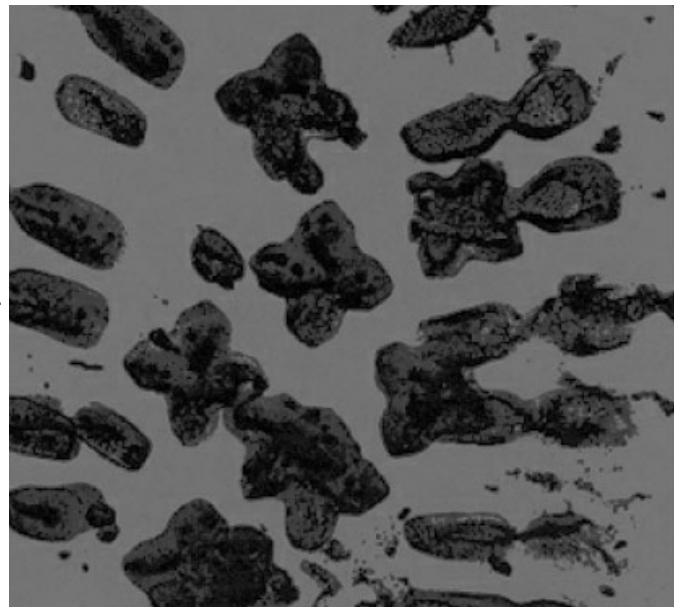
Bo: Es ist ein Thema, aber genau umgekehrt. Das Bankgeheimnis der Schweiz wird mit Schengen erstmals in einem internationalen Vertrag explizit verankert. Das ist ja mit ein Grund, weshalb sich die Schweizer Wirtschaftsverbände vehement für die Annahme der Verträge einsetzen.

MJN: Die Zustimmung der Schweiz zu Schengen/Dublin bedeute eine Öffnung der

Schweiz zu Europa. Siehst du das auch so?

Bo: Die Verträge werden mit einer Grenzöffnung der Schweiz begründet. Da aber keine Zollunion mit der EU besteht, ändert sich an der Grenze faktisch nichts. Sie bedeuten also sicherlich keine Öffnung zu Europa.

MJN: Wem nützen letztlich die Verträge?



Bo: Den Polizeiorganen, denn sie erhalten Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS) und damit Zugriff auf die europäischen Fahndungscomputer. Bisher haben schweizerische Polizeibehörden Zugang zu Europol und Interpol. Die Polizeikräfte verschaffen sich jedoch heute schon – obwohl dies illegal ist – Zugang zum SIS, indem sie die Kollegen jenseits der Grenze telefonisch um Auskunft über Einträge

verdächtiger Personen im SIS ersuchen und diese auch erhalten.

MJN: Gibt es Verbindungen zwischen dem Schengener Abkommen und der erweiterten Personenfreizügigkeit, die im Herbst zur Abstimmung kommen wird?

Bo: Faktisch bestehen solche nicht. Denn es war die Schweiz die sich mit Schengen/Dublin assoziieren wollte – die EU drängte nicht darauf. Es bestehen aber innere Zusammenhänge, die da lauten, wenn wir Schengen/Dublin ablehnen, wird auch die Personenfreizügigkeit keine Chance haben. Die Frage stellt sich für mich jedoch anders. Was bedeutet es für die Schweiz, wenn zwar Schengen eine Mehrheit findet, aber im Herbst die Personenfreizügigkeit abgelehnt wird?

MJN: Was bedeutet es?

Bo: Das wäre ein super unangenehmes Signal mit der Perspektive, dass die Schweiz jegliche Öffnung zu Europa ablehnt. Lehnt die Schweiz die Personenfreizügigkeit ab, wird die EU die anderen bilateralen Verträge auch aufkündigen müssen. Bei Schengen/Dublin wird die Schweiz aber dabei bleiben. Die repressiven EU-Instrumente würden also übernommen; Instrumente, welche eine Öffnung für die Schweiz bewirken, würden abgelehnt.

MJN: Die SP und die Gewerkschaften wollen Schengen

beitreten, unter anderem, weil die SVP die Verträge ablehnt. Wie weit hat dieser Gedanke (alles was die SVP macht, muss bekämpft werden) die Debatte beeinflusst?

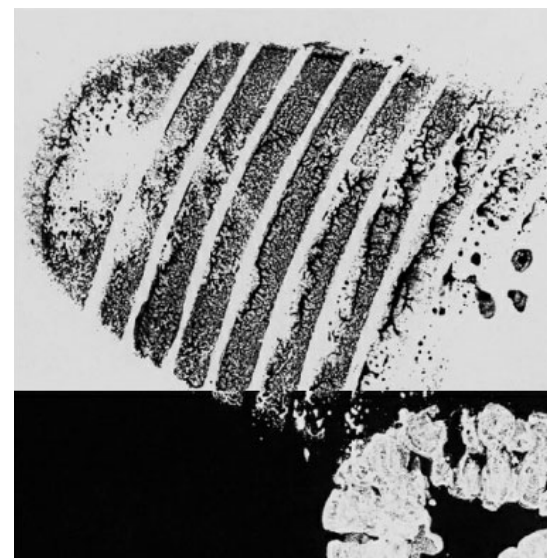
Bo: Dies war sicher ein erster Reflex bei der parlamentarischen Linken. Die SVP hat uns durch ihr Referendum gezwungen, zu Schengen Stellung zu beziehen. Die SP hätte es sicher lieber gehabt, nicht über die Frage nachdenken zu müssen, um die Verträge problemlos abzuhaken. Denn sie hat das Argumentieren zuerst den bürgerlichen Kräften überlassen. Sie hat die damit zusammenhängende Grundrechts-Diskussion, aber auch die Asyl-Diskussion eigentlich nicht geführt, sondern nur darauf reagiert.

MJN: Hätte die Linke von sich aus das Referendum in dieser heiklen Frage ergreifen sollen, oder ist es vielmehr ein Glücksfall, dass dies die SVP getan hat?

Bo: Das ist eine sehr heikle Frage. Wer sind denn in diesem Lande eigentlich die Linken? Denn die Linken, die sich heute noch kritisch zu Schengen äussern, umfassen nur wenige Personen. Leute, die letztlich den Mut gefunden haben zu sagen: Hallo, wir haben nicht über Jahre hinweg das Schengen/Dublin-Projekt kritisiert und gesagt, dass dies nicht unseren Vorstellungen eines offenen Europas entspricht, um die Vorlage jetzt schlankweg durchgehen zu lassen. Andererseits haben die Kräfte der

Schengen kritischen Linken nicht dazu ausgereicht, selber ein Referendum zu ergreifen. Die Debatte über die Grundwerte einer schweizerischen Grundrechtspolitik ist jedoch ein absolutes Muss. Ob mit oder ohne Referendum, die Linke hat es bisher verpasst, die Diskussion zu führen. Es gilt Fragen zu erörtern, welche an die Substanz eines menschenwürdigen Daseins gehen. Nicht zuletzt auch die Frage, was die Aufgaben eines Rechtsstaates sind, was es bedeutet, wenn die Unschuldsvermutung unterminiert wird. Den Umstand, dass der Justizminister einfach mal die Verfassung zur Disposition stellen kann, finde ich sehr bedrohlich.

(Das Gespräch fand am 6. Mai in den Räumen der WOZ Redaktion statt.)



Sektionsversammlung zu den kommenden Europa-Abstimmungen

Ein Ja zu Schengen/Dublin

Paul Sprecher

Knapp zwei Dutzend Mitglieder der SP7 nahmen an dieser Versammlung teil, die Ende April im Antoniussaal des Foyers St. Anton stattfand. Die Abwesenden haben einiges verpasst, denn der Referent, Regierungsrat Markus Notter, präsentierte die komplexe Materie in souveräner Weise und verstand es auch, sie in einen grösseren geschichtlichen Zusammenhang einzubetten.

Einleitend betonte er, dass am 5. Juni nur über die Abkommen betreffend die Assoziierung der Schweiz an Schengen und an Dublin abgestimmt werde und noch nicht über die Ausweitung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Staaten (Abstimmung im September). Die Teilnahme am Schengen-Abkommen war eine Forderung, welche die Schweiz in den Verhandlungen mit der EU gestellt hatte. Hinzu kam Dublin: das ist ein Abkommen, welches der Herumschieberei von Asylbewerbern ein Ende setzen soll. Es legt fest, welches Land für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, und dadurch gibt es nur noch ein solches Verfahren. Das setze gewisse Vereinheitlichungen voraus.

Gemäss Notter hätten die Kantone zunächst skeptisch reagiert, weil der Schweiz bei der Weiterentwicklung der beiden Abkommen kein förmliches Mitbestimmungsrecht zustehe. Das sei der unvermeidliche Preis für die Nichtmitgliedschaft in der EU. Mitwirkungsrechte habe die Schweiz aber. Im übrigen strebe die EU immer einen Konsens statt Mehrheitsentscheide an.

Rund um die Schweiz herum ist „Europa“ – ein grosser Raum, und wir, mittendrin, sind nicht dabei. Allein könne die Schweiz ihre Sicherheit nicht bewerkstelligen. Schon jetzt werden nur zwei Prozent der Grenzübertritte kontrolliert, und zwar praktisch nur an den Flughäfen. Wenn innerhalb der EU die Grenzkontrollen wegfallen, wird die Schweizer Grenze zu einer EU-Aussengrenze, und dann können sich Probleme, wie sie sich jüngst in Basel ereigneten, jederzeit wiederholen. Wenn die Schweiz das nicht will, muss sie in Sicherheitsfragen (Bekämpfung der Kriminalität, entsprechendes Info-System, Personenkontrollen im grenznahen Bereich) mit der EU zusammenarbeiten. Denn wie könnte die EU z.B. von Polen verlangen, seine Aussengrenze zu kontrollieren, wenn dann z.B. Österreich nicht auch dasselbe gegenüber der Schweiz tut?

Beim Schengener Informationssystem – einer Datenbank über gesuchte Personen – bestehen strenge Datenschutzauflagen samt unabhängigen Kontrollinstanzen. Das sei besser geregelt als bei uns in manchen Kantonen (die bei einem Ja am 5. Juni bessere Gesetze erlassen müssten). Das EU-Waffenrecht sei etwas strenger als das, was die Schweiz jetzt habe; namentlich die Registrationspflicht.

Als problematisch möge erscheinen, dass die Schweiz keine Mitbestimmung habe. Aber immer dann, wenn Gesetzesänderungen notwendig werden sollten, würden diese auf dem normalen Weg stattfinden (einschliesslich Referendumsmöglichkeit und damit Volksabstimmungen). Für den Fall, dass das Volk einmal Nein sagen würde, sind Konsultationsverfahren vorgesehen. Am Ende könnte ein Wieder-Austritt der Schweiz stehen. Ein solcher hätte allerdings viele Nachteile. Gemäss Notter sind Teillösungen wie diese hier nur ein Ausweichen vor der grundsätzlichen Frage eines EU-Beitritts, aber die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse liessen nichts anderes zu. Die Schweiz scheine die

fundamentale Entwicklung, die in Europa seit 1945 stattfindet, nicht erkannt zu haben. Trotzdem gebe es das nationalstaatliche Europa des 19. Jahrhunderts nicht mehr. In den Pariser Verträgen von 1815, welche dieses begründeten, wurde festgehalten, dass die Neutralität der Schweiz auch im Interesse Europas liege. Aber in der EU finde eine Auflösung der nationalstaatlichen Grenzen statt, welche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verheerende Auswirkungen hatten.

1798 ging die alte Eidgenossenschaft unter, weil keine brauchbaren Ideen existierten, wie es weitergehen könnte. Es brauchte jenen Bruch. Die Schweiz blieb jedoch bis fast Mitte des 19. Jahrhunderts ein Entwicklungs- und Auswanderungsland. 1848 gelang es, den Bundesstaat zu gründen und im ganzen Land Demokratie zu schaffen. Damit wurde die Schweiz zum fortschrittlichsten Land Europas, und damit begann auch ihr wirtschaftlicher Aufschwung. "Wollen wir jetzt eine Schweiz vergleichbar mit 1798 oder mit 1848 sein?", fragte Notter.

Wenn die Schweiz die Bilateralen 2 nicht positiv über die Runde bringe, werde sie eine isolationistische. Daher seien

die Abstimmungen vom Juni und vom September 2005 ganz entscheidend. Wenn man Schengen/Dublin in diesem grossen Zusammenhang betrachte, müsse man Ja sagen.

Nach dem Referat nahm Markus Notter zu zahlreichen Fragen bzw. Anmerkungen aus der Versammlung Stellung. Eine Ablehnung der Assoziierung an Schengen/Dublin hätte keine Auswirkungen auf die Bilateralen Verträge, wohl aber eine Ablehnung der Personenfreizügigkeit im September, denn dort bestehe eine innere Verknüpfung zu diesen. Die EU könnte sicher nicht akzeptieren, dass die Schweiz die neuen EU-Mitglieder anders behandeln würden als die alten. Ausserdem mache Schengen/Dublin eigentlich nur Sinn im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit.

Im Gegensatz zu dem, was einige (auch Linke) glauben, sei in der Schweiz nicht alles besser als anderswo. Zum Beispiel fehle eine Verfassungsgerichtsbarkeit, was zur Folge habe, dass sich das Parlament über die Verfassung hinwegsetzen könne. Die Gefahr, dass Asylsuchende bei einer Assoziierung an Dublin schlechter

fahren würden, sei klein. Die Tatsache, dass die Schweizer Flüchtlingshilfe sich für Dublin ausgesprochen habe, lasse eher auf das Gegenteil schliessen.



SP Werte stehen zur Debatte:

Sonntag, 26. Juni 2005
17 bis ca. 20 Uhr
Quartierzentrum Aussersihl
(Bäckeranlage)
Hohlstrasse 67
8004 Zürich
Grosser Raum im 1. Stock



Sozialstaat.

Welchen Sozialstaat wollen wir?

Welchen können wir uns leisten?

Welche Werte müssen in der Realpolitik über Bord geworfen werden, welche müssen wir unbedingt hochhalten?

Emy Lalli

Sozialbehördenmitglied Zürich

Martin Bornhauser

Sozialvorstand Uster

Carlo Knöpfel

Sozialwissenschaftler, Caritas CH

Willy Spieler

alt Kantonsrat, Red. Neue Wege

Moderation:

Myrtha Meuli

Gemeinderätin Zürich

Die SP Stadt Zürich lädt
Mitglieder und Interessierte ein.

www.spstadtzh.ch



5. Lauf gegen Rassismus



Sonntag, 26. Juni 2005
**Lauf rund um den Platzspitz,
Zürich**

Organisiert von:

 **GBZ**
Gewerkschaftsbund der Stadt Zürich

 **SCHWEIZERISCHES ARBEITERHILFswerk SAH**
SAH ZÜRICH
Œuvre suisse d'entraide ouvrière
Soccorso operaio svizzero

So nehmen Sie am Lauf gegen Rassismus teil

Anmeldung:

Startgeld mit beiliegendem Einzahlungsschein bitte an Postschalter einzahlen. Bitte Angaben gut lesbar in Blockschrift ausfüllen. Mit der Einzahlung des Startgeldes bis spätestens 13. Juni 2005 sind Sie für den Lauf definitiv angemeldet. Nachmeldungen sind am «Wettkampftag» gegen ein Aufgeld von Fr. 10.– möglich.

Startgeld:

Fr. 25.– für normal Verdienende, ohne T-Shirt
Fr. 45.– für normal Verdienende, mit T-Shirt
Fr. 15.– für nicht Verdienende und Studierende, ohne T-Shirt
Fr. 35.– für nicht Verdienende und Studierende, mit T-Shirt

Startnummern:

Die Startnummern können am Wettkampftag um 9.00 Uhr vor dem Landesmuseum, abgeholt werden (siehe Situationsplan). Bitte Postquittung und SponsorInnenblatt mitbringen. Die Startnummer muss nach dem Lauf wieder abgegeben werden.

Garderobe:

ab 9.00 Uhr, Schulhaus Limmat

Start und Ziel:

Vor dem Landesmuseum, vis-à-vis Hauptbahnhof Zürich (siehe Situationsplan).



Startzeiten:

1. Start 10.00 Uhr
2. Start 11.00 Uhr
3. Start 12.00 Uhr

T-Shirt:

Ein Erinnerungs-T-Shirt kann für Fr. 20.– zusammen mit der Anmeldung bestellt werden. Selbstverständlich kann auch nur das T-Shirt bestellt oder an der Veranstaltung gekauft werden.

Informationen:

GBZ, Lauf gegen Rassismus,
Postfach, 8026 Zürich
Tel. 044 241 97 92,
E-Mail: info@gbz.ch

Parolen zu den Abstimmungen vom 5. Juni

Eidgenössische Vorlagen

- Ja zum Öffnungsprojekt Schengen/Dublin
- Ja zum Partnerschaftsgesetz

Kantonale Vorlagen

- Ja zum Volksschulgesetz
- Ja zur Landschaftsinitiative

Städtische Vorlagen

- Ja zum Objektkredit vom 110 Mio. Franken für den Neubau des Stadions Letzigrund
- Ja zur Erhöhung des Objektkredits von 110 Mio. Franken um 11,3 Mio. Franken auf 121,3 Mio. Franken für den Neubau des Stadions Letzigrund für zusätzliche bauliche Anpassungen und organisatorische Massnahmen zur Durchführung der Fussball-Europameisterschaften 2008
- Ja zum Gegenvorschlag des Gemeinderates zur zurückgezogenen Volksinitiative „Kinderbetreuung konkret“, Änderung der Gemeindeordnung
- Ja zur Schulbehördenreorganisation in der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung
- Ja zur Umwandlung der Asyl-Organisation Zürich in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung

Impressum info 7

Informationsbulletin der
Sozialdemokratischen Partei Zürich 7
Homepage: www.sp7.ch

Auflage:

350 (etwa 10 mal jährlich)

Verteiler:

Mitglieder und InteressentInnen der
SP Zürich 7

Redaktion und Realisation

Martin J. Nobs
Postfach 310
8030 Zürich
Tel. 079 - 313 90 10
mailto:
martin.johann.nobs@bluewin.ch

Unterstützung Grafik und Gestaltung

Rudolf Mattes

Städtische Drogenpolitik - wohin?

Veranstaltung der SP7 siehe beigelegten Flyer

Restaurant Wilder Mann, 20 Uhr

02. Juni 2005

Abstimmungswochenende

05. Juni 2005

Vorstandssitzungen SP7 Restaurant Wilder Mann, 20 Uhr

07. Juni/05.Juli 2005

SP Werte: Der Sozialstaat

Quartierzentrum Aussersihl (Bäckeranlage), Hohlstrasse 67, 17 Uhr

26. Juni 2005

5. Lauf gegen Rassismus

Lauf rund um den Platzspitz, ab 09 Uhr

26. Juni 2005

Sommerfest 2005 der SP 7 und 8

auf der Weinegg ab 18 Uhr

08. Juli 2005